

„Freie Einrichtungen sind schneller und billiger“

Gesellschaft für Jugendarbeit und Bildungsplanung zieht Bilanz des Kindersofortprogramms

röd. Aus der Sicht von Elterninitiativen ist das „Kindersofortprogramm“ des rot-grünen Magistrats ein Gewinn. Zu diesem Ergebnis kommt die Gesellschaft für Jugendarbeit und Bildungsplanung, der weitaus größte Träger frei organisierter Krabbelstuben, Kinder- und Schülerläden in Frankfurt. Innerhalb eines knappen Jahres hätten mit einem Investitionsaufwand von 1,4 Millionen Mark 264 neue Plätze in 16 zusätzlichen Einrichtungen geschaffen werden können. Gleichwohl habe man entdeckt, daß das Programm „erhebliche Lücken“ aufweise, resümiert der Vorsitzende der Gesellschaft, Michael Burbach, in seiner Bilanz.

Allein 85 Kleinkinder im Alter bis zu drei Jahren wurden in neun neuen Krabbelstuben untergebracht. Das Sozialdezernat habe diese Initiativen möglich gemacht, indem es von Oktober vergangenen Jahres an den monatlichen Zuschuß für einen Krippenplatz von 90 auf 350 Mark erhöht habe. Der Kostenrahmen sei erweitert, Erstinvestitionen seien mit Zuschüssen von bis zu 5000 Mark pro Platz gefördert worden.

Zwei zusätzliche Kinderläden für Kinder im Alter bis zu sechs Jahren sind seit dem Frühjahr dieses Jahres entstanden. Diese 37 Plätze seien nach der Verabschiedung des Kindersofortprogramms im April 1990 eingerichtet worden. Das Programm sieht eine Erhöhung der Zuschüsse pro Platz von 200 auf 400 Mark vor. Neugründungen unterstützt der Magistrat ebenfalls durch Investitionskostenzuschüsse von bis zu 5000 Mark je Kind. Fünf Schülerläden für 138 Kinder bis zu zwölf Jahren seien danach außerdem entstanden. Drei weitere befänden

sich in Planung, berichtet Burbach.

Flexibler und schneller

Nach seinen Berechnungen hätte die Stadt drei neue Kindertagesstätten bauen lassen müssen, um die Aufbauarbeit der Elterninitiativen zu ersetzen. Aufgrund der Förderung der freien Initiativen habe die Stadt jetzt nur etwa 11,5 Prozent der Ausgaben aufwenden müssen, die sonst für eine städtische Betreuung der Kinder benötigt worden wären. Schließlich hätten sich die freigemeinnützigen Einrichtungen auch als flexibler erwiesen. Sie müßten beispielsweise nicht lange nach Bauplätzen suchen.

Trotz der überwiegend positiven Bilanz hat Burbach eine Reihe Schwachpunkte ausgemacht, die die Vorteile des Pro-

gramms der Stadt seiner Ansicht nach gefährden könnten. Zum einen kritisiert die Gesellschaft für Jugendarbeit und Bildungsplanung, daß Initiativen, die vor Anlauf des Programms entstanden sind, keine Investitionshilfen erhielten. Diese einmaligen Zuschüsse fehlten, das Niveau der Ausstattung liege daher unter dem der städtischen Horte und Kindergärten sowie unter dem der neu gegründeten freien Einrichtungen.

Blockiert werde die Initiative der Eltern auch durch die Forderung nach einer Bürgschaft, die zwei Mitglieder der Gruppe zu stellen hätten. Bei 20 Kindern summiere sich dieser Betrag auf 100 000 Mark. Ferner würden Mieten und Personalkosten, die vor dem eigentlichen Beginn der Kinderbetreuung anfielen, von der Stadt nicht mitberücksichtigt. Nach den Erfahrungen der Initiativen müsse

aber auf dem Wohnungsmarkt schnell zugegriffen werden, um eine Bleibe für die Kinder zu bekommen.

Renovierungsarbeiten und die Möblierung erforderten weitere Zeitvorläufe, argumentiert Burbach. Die Erzieherinnen benötigten für die Vorbesprechungen ebenfalls Zeit, bevor der Kinder- oder Schülerladenbetrieb anlaufe. Der Verein vermißt außerdem eine angemessene Beratung der freien Initiativen. Pädagogische und organisatorische, juristische und verwaltungstechnische Hinweise seien erforderlich. In den zuständigen Abteilungen des Jugend- und des Stadtschulamtes sitzen nach Ansicht Burbachs nicht genügend dafür geschulte Mitarbeiter. Die wenigen Berater der freien Träger, deren Bezahlung öffentlich gefördert werde, seien überfordert.

„Opfer zu Tätern gemacht“

Als „schlicht blödsinnig“ bezeichnet Burbach die Begründung des Magistrats, keine Mietzuschüsse zahlen zu wollen, weil solche zusätzlichen Zuwendungen Vermieter nur ermunterten, die Mieten weiter anzuheben. Hier würden „die Opfer der städtischen Politik (die Kinderläden, die unter den wahnwitzigen Mieten zu leiden haben) zu Tätern gemacht“. Schließlich fordert die Gesellschaft, der Betriebskostenzuschuß für Krabbelstuben müsse jährlich den steigenden Ausgaben angepaßt werden. Ziel der freien Träger bleibe, die Elternbeiträge in Kinder- und Schülerläden denen in Kindertagesstätten anzupassen. Noch seien die Aufwendungen in den Initiativen trotz der Zuschüsse „entschieden zu hoch“.